

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1923

29.10.1923 (No. 298)

Karlsruher Tagblatt

Bezugspreis
einzelne Ausgaben
10 Pf. 100 Stück
10 Mk. 1000 Stück
100 Mk. 10000 Stück
Abnahme nach
Absprache

Anzeigenberechnung nach
Grundsatz und Schlußsatz
Ordnung für die Anzeigen
Raum 200, auswärts 240,
Familienanzeigen und Stel-
lenangebote 100, Restanzeige
600, an erster Stelle 650,
Schlußzeile 18 000 000
Kabatt nach Tarif.
Verbreitungsstellen:
Geschäftsstelle Nr. 18,
Berlag Nr. 21 und 297,
Erscheinungsstelle Nr. 30,
Druckerei Nr. 19,
Postfach Nr. 9547
Karlsruhe.

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenschrift **„Die Pyramide“** **Badische Morgenpost**

„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Gesamtdirektor: Hermann v. Kaer. Verantwortlich für Politik: Fritz Gerhardt; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Wetz; für die „Pyramide“ Carl Böso; für Inserate: Heinrich Gerhardt. Druck und Verlag: C. B. Müller, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berlin: Redaktion Dr. Richard Jäger, Berlin-Grunow, Mozartstr. 87. Telefon-Zentrum 428. Für unverlangte Manuskripte der Deutschen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Abrechnung erfolgt, wenn Porto beifolgt ist. Erscheinung der Redaktion: 11-12 Uhr vormittags.

120. Jahrg. Montag, den 29. Oktober 1923 Nr. 298

Sachsen lehnt die Berliner Forderung ab. Die Reichsregierung erklärt die sächsische Regierung für abgelehnt.

Die sächsische Regierung schiebt die Entscheidung dem Landtag zu.

Dresden, 28. Okt. In später Abendstunde wird dem Volksbüro aus der Staatskanzlei gemeldet:
Die sächsische Regierung lehnt das Ansuchen des Reichskanzlers, zurückzutreten, entschieden ab. Ein politischer Anlaß dazu liegt nicht vor und rechtlich ist das Verlangen der Reichsregierung nach der Verfassung unzulässig. Nur der sächsische Landtag ist legitimiert, die Regierung Sachsens abzurufen. Solange das nicht geschieht, wird die sächsische Regierung auf ihrem Posten ansharren. Sie wird aber alsbald im Landtage eine Entscheidung hierüber herbeiführen.

Die Reichsregierung beschließt Absetzung der sächsischen Regierung.

Berlin, 28. Okt. In der Entscheidung der sächsischen Regierung wird halbamtlich mitgeteilt, der Reichspräsident habe durch eine heute erlassene Verordnung den Reichskanzler ermächtigt, die sächsische Regierung und nötigenfalls andere sächsische Behörden abzusetzen. Der Reichskanzler werde auf Grund dieser Ermächtigung, nachdem nunmehr die Entscheidung der sächsischen Regierung gefallen ist, sofort einen Reichskommissar für den Freistaat Sachsen bestellen.
Gegenüber anderslautenden Meldungen kann festgehalten werden, daß der Beschluß betreffend Sachsen von der Reichsregierung einstimmig gefaßt worden ist.

Der Reichskommissar für Sachsen.

Berlin, 28. Okt. Wie der „Montag“, Sonderausgabe des „Berliner Lokalanzeiger“ wissen will, wird zum Reichskommissar für Sachsen der frühere Chef der sächsischen Staatskanzlei, Ministerialrat Dr. Schultze ernannt werden.

Spaltung in der sächsischen Sozialdemokratie.

Berlin, 28. Okt. Die „Montag“ meldet aus Dresden, daß die sozialdemokratischen Reichsminister Robert Schmidt und Rabenau und der sächsische Gesandte in Berlin Gradwohl in Dresden eingetroffen seien und in der Sitzung des Landesvorstandes der sächsischen Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion bestimmend eingegriffen hätten. Die Spaltung innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie sei dabei zum ersten Mal offen zum Ausdruck gekommen.

Kämpfe mit der Reichswehr.

Dresden, 28. Okt. Das Reichwehrrkommando IV teilt mit: In Freiberg ist es heute zu ersten Zusammenstößen zwischen Reichswehr und radikalen Elementen gekommen. Im Laufe des frühen Nachmittags wurden auf Aufforderung der Polizei die Reichswehr auf zwei Lastkraftwagen in die Stadt entsandt, um Aufsammlungen zu vereiteln und Hausdurchsuchungen vorzunehmen. Um 4 Uhr nachmittags erbat die Polizeidirektion militärische Hilfe, da vier Reichswehrsoldaten im Hofamt bedrängt wurden. Die Reichswehr säuberte den Hofplatz und befreite die vier bedrängten Reichswehrsoldaten, wurde aber von der Menge mit Steinen beworfen und mit Pistolen beschossen. Vier Soldaten wurden verwundet, darunter zwei schwer. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten wurden 12 bis 13 Unruhsünder erschossen und gegen 20 verwundet. Es wurde hierauf eine Kompanie in das Stadtinnere entsandt, um die immer größer werdenden Aufsammlungen zu zerstreuen und die Ordnung wieder herzustellen. Nähere Meldungen hierüber liegen zurzeit noch nicht vor.

Dresden, 28. Okt. Zu den bereits gemeldeten ersten Straßenkämpfen in Freiberg wird noch ergänzend berichtet: In der Nacht wurden von Radikalen über die Umzäunung der Kaserne Bandgranaten geworfen. Auch zahlreiche

Schiffe fielen. Nach den endgültigen Feststellungen sind bei der Reichswehr zwei Mann schwer und einer leicht verletzt worden. Von den Aufwiegern und Mitaläufern sind 13 Tote und 31 Verwundete bisher in die Krankenhäuser eingeliefert worden. Zweifelhafte ausländische Elemente sollen in großer Zahl mit den Aufwieglern paktiert haben. Ueber das Verhalten der Reichswehr während des Kampfes in Freiberg berichten durchwegs sachliche Beobachter, daß sie in ihrer Zurückhaltung trotz der wütenden Beschimpfungen durch die Menge bis zum äußersten gegangen ist.

Noch keine Antwort aus Bayern.

Berlin, 28. Okt. Nach einer Meldung der „Montag“ aus München ist die an Bayern gerichtete Note, in der die bayerische Regierung aufgefordert wird, den verfassungsmäßigen Zustand wieder herzustellen, dem Ministerpräsidenten v. Krißling am Sonntag überreicht worden. Am heutigen Montag findet in München ein Ministerrat statt, der sich mit der Note der Reichsregierung beschäftigen wird.

Eine neue Rede Poincarés.

Paris, 28. Okt. Bei der Einweihung eines Kriegerdenkmals in Sampigny hat der französische Ministerpräsident eine seiner beredtesten Sonntagreden gehalten mit den üblichen Angriffen und Verleumdungen gegen Deutschland. Sehr bemerkenswert ist, daß er diesmal hinter die so oft wiederholte Behauptung, Frankreich wolle keine Annexionen, sofort das aber setzt und von da an die Sicherheit garantiert. Damit haben wir die Uebersetzung des Wortes Annexionen im Sinne Poincarés. Die übliche Verwindung bleibt nicht aus: Deutschland sei angriffsbereit. Der Hauptteil seiner Rede ist an England gerichtet: England fordert Milderung der Reparationssumme. Poincaré antwortet: keine Milderung. England fordert: Einberufung einer internationalen Konferenz zur Absicherung und Festlegung der deutschen Zahlungsfähigkeit; Einziehung deutscher Vertreter. Poincaré antwortet: keine internationale Konferenz, sondern nur Einberufung einer Sachverständigenkommission als Berater der Reparationskommission. Anbieten deutscher Vertreter durch die Reparationskommission.

Ueber die Einzelheiten der Rede wird folgendes berichtet:
Poincaré kam u. a. auch auf die separatistische Bewegung zu sprechen: Wir haben es seit verwichen, uns in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einzumischen, welches auch künftig die Verfassung Deutschlands ein möge, welcher Art an späterhin die gegenseitigen Beziehungen der Staaten sein mögen, aus denen unmittelbar nach dem Abschluß des Versailler Vertrages das Deutsche Reich zusammengesetzt war. Niemand wird uns der Gedanke kommen, die Bevölkerung zu verewilligen.
Wir nähren keinerlei Annexionsabsichten, aber wir werden nicht darauf verzichten, dauernde Sicherheitsgarantien zu verlangen.

Dieser Garantien, die uns in Versailles versprochen worden waren, haben wir nicht erhalten. Deutschland hat mehrere Monate hindurch die Kontrolle der interalliierten Militärkommissionen labmagelagt, es hat sich der Mehrzahl der von ihm unterschriebenen Verpflichtungen hinsichtlich der Zahl und Bewaffung der unter den Fahnen gehaltenen Männer entzogen, es ist in der Lage, seine Fabriken rasch auf die Herstellung von Kanonen und Munition umzustellen, es kann in ein paar Tagen eine Luftflotte ausrüsten.

Sodann fuhr Poincaré fort: Wir sind nicht geneigt, unsere Ansprüche auf Reparationen zu opfern. Wenn wir die Forderungen nicht bekommen hätten und im Januar dieses Jahres Deutschland einfach das zwei- oder dreijährige Moratorium gewährt hätten, das Deutschland von uns verlangte, so stände es Deutschland nicht nur heute frei, nicht zu bezahlen, sondern auch sich weiter auf unsere Kosten zu bereichern! Jetzt hingegen ist Deutschland selbst daran interessiert, sobald wie möglich die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um seine Pflichten zu bezahlen. Es weiß, daß wir unsere Forderungen nicht aus der Hand geben werden, bevor wir nicht den Betrag unserer Reparationen erhalten haben. Seine Sache ist es, durch Anstrengung den Zeitpunkt näher zu rücken, in dem wir das Ruhrgebiet räumen.

In seinen weiteren Ausführungen wendet sich Poincaré ausdrücklich an die Verbündeten Frankreichs. Was erwarten wir von unseren Alliierten? fragte er, bezüglich die Beachtung des Versailler Vertrages, den sie gemeinsam mit uns unterzeichnet haben. Die deutsche Schuld ist von der Reparationskommission gewissenhaft festgelegt worden. Dieses Zahlungsstatut ist Deutschland mit einem Ultimatum mitgeteilt worden. Die Festlegung ist also endgültig, und da sie in Ausführung des Versailler Vertrages vorgenommen wurde, kann sie nicht mehr ohne unsere Zustimmung abgeändert werden. Der Vertrag steht ausdrücklich vor, daß Deutschland keine Herabsetzung gewährt werden kann. Es sei denn durch einstimmigen Beschluß der Gläubigerregierungen. Frankreich machte zu viele Prüfungen durch, um zu dieser Herabsetzung seine Zustimmung zu geben.

Wenn es sich darum handelt, zu beurteilen, ob Deutschland morgen und in nächster Zukunft zahlen kann, so gibt es nichts was notwendiger wäre als diese Prüfung. Nun ist aber durch den Friedensvertrag gerade die Reparationskommission dazu betraut worden, diese Zahlungsfähigkeit, die naturgemäß je nach der Wirtschaftslage und dem Finanzverhältnis Deutschlands steigt, von Zeit zu Zeit abzuschätzen. Es liegt keinerlei Grund vor, der Reparationskommission eine ihrer wichtigsten Funktionen zu nehmen. Sie muß vor jeder ihrer Entscheidungen Deutschland die billige Gelegenheit gewähren, seine Einwendungen vorzubringen. Deutschland hat jetzt wieder die Führung mit der Kommission aufgenommen und diese wird die deutschen Delegierten zweifelsohne binnen kurzem anhören. Möge man sie arbeiten und ihr Mandat ausführen lassen!

Internationale Konferenz beraten?

Wie würde sie zusammengesetzt sein? Welch Zusammenwirken würde zwischen ihr und den Regierungen oder der Reparationskommission bestehen? Welches wären ihre Kompetenzen? Das alles sind Fragen, die sich mir gleich zu Beginn seiner Erwägungen aufgedrängt haben und die zu ihm mir nicht gelungen ist. In England hat man sich viel über meine Sonntagreden lustig gemacht. Wieviel Reden würde uns nicht Tag für Tag eine internationale Konferenz bringen und wie widerspruchsvoll würden sie nicht ohne Zweifel sein? Wenn die englische Regierung wirklich nicht daran denkt, uns das Anfinnen zu stellen, Deutschland einen Sitz in der Konferenz zu gewähren, von der sie spricht, wenn sie wie wir hier die bestmögliche Wahrung der Mitwirkung der Vereinigten Staaten zu erlangen, so fällt es uns sehr leicht, uns zu verhandigen.

Die Reparationskommission ist da und sie nimmt alle Tage Untersuchungen vor. Ohne etwas unerhört Neues zu tun, steht es ihr frei, den offiziellen Delegierten der Vereinigten Staaten um die Ernennung der amerikanischen Sachverständigen zu bitten, die zusammen mit französischen, englischen, italienischen und belgischen Sachverständigen die gegenwärtige Zahlungsfähigkeit Deutschlands prüfen und von Deutschland ein Programm für die Sanierung seiner Finanzen und seiner Währung sowie einen bestimmten Reparationsplan verlangen sollen, und das alles im Rahmen des Friedensvertrages. Aber wir können uns nicht damit einverstanden erklären, daß der Reparationskommission ihre Zahlungsbedingung entzogen werde, oder daß man sie durch ein Organ ersetze, in dem unser Einfluß, der schon so wie so hinter unseren Interessen zurücksteht, noch weiter eingeschränkt werde. Die Grenze unserer Zugeständnisse ist erreicht.

Neue Verhandlungen zur Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet.

Paris, 28. Okt. Der Düsseldorfer Korrespondent des „Welt Journal“ berichtet, daß ein neues der französisch-belgischen Militärkommission ein Projekt zur Wiederaufnahme der Arbeit unterbreitet habe, das neue ernste Verhandlungsgrundlagen darstelle. Er habe bevollmächtigte Vertreter zurückgelassen, die den gestrigen Tag hindurch die Verhandlungen fortsetzten hätten; diese händten vor dem Abschluß und würden höchstwahrscheinlich zu einem Abkommen führen.

Die Seemächte der Gegenwart.

Vize-Admiral a. D. H. G. H. G.
Der Begriff „Seemacht“ erschöpft sich keineswegs in der Größe der Kriegsmarine eines Landes. Englands Seemacht zum Beispiel basiert zum Teil auf seinem unbefriedigten System von geschützten Stützpunkten in der ganzen Welt, das jetzt durch den Ausbau Singapores zum „Gibraltar des fernen Orients“ eine bedeutende Erweiterung erfährt. Die amerikanische Seemacht hat den Vorzug der fast lückenlosen wirtschaftlichen Unabhängigkeit des Mutterlandes von nahezu allen Rohstoffen für sich. Die Vereinigten Staaten sind unblockierbar und daher für England nahezu unangreifbar; schwache Stellen sind nur die schwer zu schließende Panamakanal-Zone und die Angreifbarkeit der westkalifornischen Oelfelder durch Seefliegerangriffe. Die englische Seemacht hat vor der amerikanischen die große Tradition voraus. Das moderne Schiff ist eine Sammlung von komplizierten Apparaten und Maschinen. Jeder Mann muß, auch ohne Aufsicht und Vorgefesselt, oft eingeschlossen im engen Raum, stumm und verständnisvoll seine durch stoffe Disziplin erlernte Pflicht tun. Das englische Flottenpersonal desertiert selten. Das amerikanische wechselt häufig, und alle Einrichtungen an Bord amerikanischer Kriegsschiffe müssen starke Rückstellungen auf die Bequemlichkeit der Mannschaften nehmen. Wir wissen aus der Praxis der Vorkriegszeit, was an hingebender Arbeit dazu gehört, um ein modernes Schiff zu einem Instrument des Kampfes zu machen, das seit in der Hand des Führers liegt. Die amerikanische Technik arbeitet fieberhaft an der Vervollständigung des Flottenapparates, und auch der Engländer sät mit Sorgfalt erprobte Neuerungen seinen schwimmenden Vollwerken ein. Aber nicht Schiffe setzen, sondern Menschen.

Als dritte Seemacht der heutigen Welt kommt Japan in Betracht. Im Kriege wendete es mehr als fünfzig Prozent seines Budgets für Rüstungen auf. Es wollte auf dem Stillen Ozean unbefristete Vormacht werden. Die ungeheure Volks- und Wirtschaftskraft Chinas sollte zusammen mit Korea und der Mandchurie dem japanischen Zukunftsimperium dienbar gemacht werden. Die Abfischung von dem Weltmeer und dem Handel würde für ihn ein für das überfüllte, auf In- und Exporte absolut angewiesene Japan.

In den jetzt auch von Frankreich ratifizierten Washingtoner Verträgen vom Februar 1922, besonders in dem Abrüstungsvertrag der fünf Seemächte, wurden Japans weitgesteckte Ziele durch die Angelassenen hart zurückgedrängt. Die lange japanische Staatsmannschaft verstand es dabei, Demütigungen auszuweichen und sich den Vorteil zu sichern, daß die Amerikaner ihre Insel-Besitzungen an der ostasiatischen Küste nicht modern besetzen dürften. Aber das englisch-japanische Bündnis, das der Seemacht Japans bisher Bewegungsfreiheit gesichert hatte, fiel, und Japan wurde auf das Maßiv seiner Inselkette und das von ihm unbesetzte asiatische Festland beschränkt. Der japanische Drang nach dem „warmen Süden“, wo lockend die von Mächten bewohnten holländischen Kolonien den Anziehungspunkt bildeten, wurde gebremst. Die großen japanischen Flottenbauprogramme mußten aufgegeben werden. Aber Japan erreichte, daß ihm der Deutschland abgenommene Südpazifik-Inselbestritt garantiert wurde und daß die Amerikaner, die auch sehr große Opfer an Schiffbauplänen brachten, verhindert wurden, die Philippinen als Flottenbasis auszugestalten.

So blieb den klugen Japanern doch die eine Möglichkeit, sich bei einem Konflikt mit den Vereinigten Staaten, denen die ungeheure Wasserfläche des Stillen Ozeans das rechtzeitige Auftreten mit starken Flotten im fernen Osten erschwer, durch raschen Zugriff ein Kaufstapfen zu sichern, das vielleicht ausreichen könnte, um die Wirkungen einer amerikanischen Blockade auszugleichen.

Die beiden anderen Mächte auf der Welt, die auf den Namen „Seemacht“ noch Anspruch haben, Frankreich und Italien, sind im Vergleich zu den drei erstgenannten nur bedingt beachtliche Größen.

Frankreichs geographische Lage ist zwar ausgezeichnet und geeignet, dem auf die Sicherheit der Seewege angewiesenen England Schwierigkeiten zu bereiten — das geschlossene französische Kolonialreich ist für England unangreifbar, aber blockierbar ist ein auf dem europäischen Kontinent die Hegemonie ausübendes Frankreich eigentlich nicht. Nur in Bezug auf Erdöl, ohne das weder ein moderner Landkrieg noch ein Seekrieg durchführbar ist, ist es zur Zeit fast ganz auf Vorratswirtschaft und Importe angewiesen. Dieses Schwachmoment durch Schaffung eines „nationalen Brennstoffes“ (Alkohol) zu beheben, ist Frankreich eifrig bemüht. Die Ruhrbesetzung hängt damit zusammen. Frankreichs Lage zu England hat sich gegen historische Zeiten,

